



Protokollauszug
zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 07.12.2016, 17:05 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1	Haushaltsplan 2017 und Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Beratung und Entscheidung über Anträge zum Haushaltsplan (Vorl. Nrn. 455/16 bis 487/16) (Vorberatung)	Vorl.Nr. 395/16
-------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen), informiert über den Beratungsfahrplan und über die Veränderungen seit Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs.

TOP 1.1	ANLAGE Haushaltsplan 2017	Vorl.Nr. 396/16
---------	---------------------------	-----------------

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.2 bis 1.35

TOP 1.2	Beitritt zur Initiative "Vermögenssteuer jetzt!"	Vorl.Nr. 480/16
---------	--	-----------------

1. Der Gemeinderat der Stadt Ludwigsburg unterstützt die Initiative „Vermögenssteuer jetzt!“
<http://www.vermoegensteuerjetzt.de/>

2. Der Gemeinderat und der Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg setzten sich gegenüber der Landes- und Bundesregierung für die Einführung einer Vermögenssteuer entsprechend ein.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt

TOP 1.2	Beitritt zur Initiative "Vermögenssteuer jetzt!"	Vorl.Nr. 480/16
---------	--	-----------------

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner
Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

Grundsätzlich könne über den Antrag abgestimmt werden, teilt Stadträtin Liepins mit, allerdings habe sich ihre Fraktion mit den nicht-haushaltsrelevanten Anträgen, wie in den anderen Jahren auch, inhaltlich nicht beschäftigt.

Stadtrat Weiss hält den Antrag inhaltlich für kein Thema des Ludwigsburger Gemeinderats. Der Antrag sei finanzpolitisch für die Stadt irrelevant.

Stadtrat Kube führt aus, offensichtlich hätten sich viele mit dem Antrag inhaltlich noch nicht beschäftigt, daher stelle er einen Vertagungsantrag.

Dieser Antrag wird im Anschluss mit 18 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

TOP 1.3	Aufstockung des Ansatzes für den öffentlichen Personennahverkehr (Busbeschleunigungsmaßnahmen) - Haushaltsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.11.2016	Vorl.Nr. 460/16
---------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Stadtrat Gericke erläutert den Antrag 460/16. Dabei verliest er den Antragstext und die entsprechende Begründung.

BM Ilk schlägt vor, das Thema in einer Sitzung des Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt im 1. Quartal 2017 zu beraten.

Stadträtin Liepins teilt mit, mit der Verweisung in den Ausschuss sei ihre Fraktion einverstanden, die Maßnahme solle aber im Haushalt Berücksichtigung finden. Wenn man zu dem Ergebnis gelange, Busbeschleunigungsmaßnahmen vorzusehen, müssten zur Umsetzung auch Mittel im Haushalt zu Verfügung stehen.

Stadtrat Herrmann weist auf den Arbeitskreis ÖPNV hin. Fraglich sei, ob in diesem Kreis nur die Buslinien oder auch die Busbeschleunigung beraten werden. Das Thema in den Ausschuss zu verweisen und ggf. eine Deckung über überplanmäßige Ausgaben zu tätigen, sei aus seiner Sicht ein sinnvolles Vorgehen.

Herr Kiedaisch führt aus, im 1. Quartal 2017 habe man den Überblick, ob über Haushaltsreste Mittel zur Finanzierung zur Verfügung stehen.

TOP 1.3	Aufstockung des Ansatzes für den öffentlichen Personennahverkehr	Vorl.Nr. 460/16
---------	--	-----------------

(Busbeschleunigungsmaßnahmen)
- Haushaltsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen vom 20.11.2016

Stadträtin Liepins teilt mit, mit der Zusage, dass Mittel bzw. Haushaltsreste für notwendige Maßnahmen zur Verfügung stehen, wäre aus Ihrer Sicht der vorgeschlagene Weg, eine Ausschussberatung im 1. Quartal 2017, in Ordnung.

Stadtrat Gericke sieht es als Zusage an, dass Mittel in der von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragten Größenordnung auch vorhanden seien. Er bittet darum, dies zu bestätigen.

OBM Spec führt aus, es werde im Protokoll festgehalten, dass sichergestellt wird, dass aus Haushaltsresten eine Summe von bis zu 150.000 Euro zur Verfügung gestellt werden kann, wenn durch Beschlüsse im Ausschuss für Bauen, Umwelt und Technik entsprechende Maßnahmen in die Wege geleitet werden. Eine Beschlussfassung sei damit in heutiger Sitzung entbehrlich.

TOP 1.4	Verbesserung des Busnetzes im Stadtteil Neckarweihingen - Haushaltsantrag der SPD-Fraktion vom 21.11.2016	Vorl.Nr. 469/16
---------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Die Beratung soll im 1. Quartal 2017 im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt erfolgen.

TOP 1.5	Planung und Einführung eines "Ludwigsburg- Tickets" - Interfraktioneller Haushaltsantrag (SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ÖkoLinX- Stadträte, LUBU-Stadträtin) vom 22.11.2016	Vorl.Nr. 487/16
---------	---	-----------------

Abweichender Beschluss:

Die Stadtverwaltung Ludwigsburg erhält einen Prüfauftrag zur Einführung eines Ludwigsburg-Tickets im Stadtgebiet. Hierfür werden 30.000, -- Euro zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

TOP 1.5	Planung und Einführung eines "Ludwigsburg- Tickets" - Interfraktioneller Haushaltsantrag (SPD-Fraktion,	Vorl.Nr. 487/16
---------	---	-----------------

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner
Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

BM Ilk führt aus, lt. einer ganz groben Schätzung des VVS entstünde durch die Einführung eines „Ludwigsburg Tickets“ eine Deckungslücke zwischen 1 und 2 Mio. Euro. Da es sich um ein komplexes Thema handle schlage die Stadtverwaltung auch bei diesem Thema vor, dies zunächst ausführlich im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt zu beraten.

OBM Spec ergänzt, der Antrag „macht Sinn“, man müsse sich ernsthafte Gedanken machen. Es gäbe Städte bei welchen ein solches Ticket funktioniere. Er habe den Eindruck, dass die fraktionsübergreifende, grundsätzliche Bereitschaft zur Einführung eines solchen Tickets durch den Gemeinderat vorhanden sei. Ob es sich wirklich um Ticketkosten von einem Euro oder mehr handle, darüber könne man noch reden. Eine detaillierte Aussprache im Ausschuss werde seitens der Verwaltung angeregt.

Stadträtin Liepins teilt mit, es soll schon abgestimmt werden. Es solle zwar heute nicht darüber abgestimmt werden, ob ein solches Ticket eingeführt wird, oder nicht, aber es solle über den entsprechenden Prüfauftrag befunden werden.

Beim angestrebten Ticket solle es sich um ein Ticket für alle handeln, nicht um ein Sozialticket. In Herrenberg würde beispielsweise ein solches Ticket 1,70 € kosten. Die Stadt Herrenberg koste diese Unterstützung 32.000 €. Das Ticket habe zu einem Fahrgastzuwachs von 15,4 % beigetragen. Ziel sei es auch in Ludwigsburg eine solche Fahrkarte innerhalb des Stadtgebiets anzubieten. Monatskarten solle es aber weiterhin geben.

Stadtrat Gericke ergänzt, er bitte um eine gründliche Aufarbeitung des Themas, auch um Erfahrungsberichte anderer Städte. Derzeit sei der ÖPNV aufgrund der Kosten, z.B. für Familien uninteressant. Häufig werde daher das Auto genutzt.

Stadtrat Herrmann dankt für die Erläuterungen zum Antrag. Bisher werde von stark unterschiedlichen Kosten gesprochen. Die Verwaltung habe von Zahle von 1 – 2 Mio. Euro geredet. Er selbst habe bei der Stadt Marbach Erkundigungen eingeholt. Bei 15.000 Einwohnern habe Marbach Kosten in Höhe von 25.000.-- Euro. In Relation zu den Einwohnern halte er daher eine Kostenübernahme in Höhe 1 bis 2 Euro pro Einwohner, somit von ca. 200.00 €, für denkbar. Ludwigsburg habe derzeit, historisch gewachsen, vergleichsweise geringe ÖPNV Ausgaben. Die CDU-Fraktion könne bei einem allgemeinen Grundsatzbeschluss auf Prüfung, ohne konkrete Festlegung auf 1 Euro, mitgehen.

Stadtrat Heer schließt sich im Namen der FDP-Fraktion seinem Vorredner an. Der Planung/Prüfung könne er zustimmen, aber nicht gleich der Einführung eines solchen Tickets.

Auch Stadtrat Weiss hält den Antrag, sowie die vorgesehene Prüfung für in Ordnung. Er mahnt, Folgekosten im Auge zu behalten.

Auf Rückfrage von Stadträtin Dziubas, bis wann eine entsprechende Prüfung durch die Verwaltung abgeschlossen sein werde, teilt BM Ilk mit, der Schwerpunkt ÖPNV solle im 1. Quartal 2017 gesetzt werden.

TOP 1.5

Planung und Einführung eines "Ludwigsburg-Tickets"
- Interfraktioneller Haushaltsantrag (SPD-Fraktion,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ÖkoLinX-

Vorl.Nr. 487/16

Stadtrat Dr. O'Sullivan teilt mit es handle sich um einen Grundsatzantrag. Im Hinblick auf die Ausführungen von Stadtrat Heer könne der Antrag aber auch lauten, Planung zur Einführung eines solchen Tickets. Klar sei, dass das Ziel verfolgt werde, dass ein solches Ticket dabei herauskommt.

Im Hinblick auf die Ausführungen von Stadtrat Hermann, teilt Stadtrat Dr. O'Sullivan mit, das vorgesehene Ticket „soll“ 1 Euro kosten. Es handle sich um keine hundertprozentige Festlegung. Er hoffe, dass die CDU-Fraktion daher den Antrag unterstützen könne.

OBM Spec fasst die Ausführungen zusammen. BM Ilk erachtet 30.000 Euro für eine entsprechende Planung vorerst als ausreichend. Ohne weitere Aussprache wird anschließend über den von OBM Spec verlesenen, abweichenden Beschlussvorschlag abgestimmt.

TOP 1.6	Kundengerechter Bahnhof Ludwigsburg - Haushaltsantrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU) vom 23.11.2016	Vorl.Nr. 482/16
---------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Stadträtin Burkhardt erläutert den Antrag 482/16. Das Grundproblem des barrierefreien S-Bahnsteigs sei weiterhin unverändert vorhanden.

Stadtrat Gericke bittet darum, nochmals mit Bahn und Land über einen Hybrid-Bahnsteig zu verhandeln.

OBM Spec bittet darum, über die nicht-haushaltsrelevanten Themen im Ausschuss zu diskutieren. Das Thema sei wichtig und abendfüllend.

Stadträtin Burkhardt regt an, Vertreter der DB-Bahn in den Ausschuss einzuladen, damit diese berichten mögen, weshalb trotz vieler Zuschussmöglichkeiten die Bahn nicht bereit sei, den S-Bahnsteig in Ludwigsburg barrierefrei umzubauen.

OBM Spec führt aus, die Anregung werde aufgenommen; das Thema in den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt verwiesen.

TOP 1.7	Personalstellen für Stadtteilbeauftragte - Antrag der SPD-Fraktion vom 05.12.2016	Vorl.Nr. 494/16
---------	--	-----------------

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

TOP 1.7	Personalstellen für Stadtteilbeauftragte - Antrag der SPD-Fraktion vom 05.12.2016	Vorl.Nr. 494/16
---------	--	-----------------

Der Beschluss wird mit 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner
Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

Der Antrag der SPD-Fraktion (Vorlage 494/16) liegt als Tischvorlage aus.

Herr Kiedaisch (FB Finanzen) verliest den Antrag.

OBM Spec erläutert die/den bisherigen Beratungen/Beratungsverlauf. Man lege großen Wert auf Stadtteilarbeit, es gebe aber auch Stadtteile in welchen Handlungsbedarf vorhanden sei. Hier benötige man ein Mindestmaß an personellen Ressourcen. Fünf Stellen wären für die Stadtteilarbeit ideal. Bei lediglich zwei zusätzlichen Stellen versuche man dennoch konstruktiv zu arbeiten.

Stadtrat Dr. O'Sullivan erklärt den Antrag, sowie den Verlauf der Beratungen im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung. Die entsprechenden Aufgaben, bzw. ein Konzept fehle noch. Im Hinblick auf die bisherigen Personalstellenanteile sei er daher der Auffassung, dass zunächst zwei Stellen für Stadtteilbeauftragte geschaffen werden sollen. Grundsätzlich sollen Stadtteilmförderer eingesetzt werden.

Stadträtin Kreiser finde eine genaue Auflistung des prozentualen Anteils der Aufgaben eines Stadtteilmförderers als sinnvoll.

OBM Spec teilt mit, dass heute lediglich die Voraussetzungen geschaffen werden sollen. Ein detailliertes Konzept werde erstellt, sobald klar ist, wieviel Stellenanteile bewilligt werden.

Stadtrat Weiss stimme hier zu und teilt mit, dass der Sperrvermerk gelöscht werden könne, sobald ein vernünftiges Konzept vorliege.

Offenheit von Seiten seiner Fraktion verkündet Stadtrat Prof. Vierling. Stadtteilarbeit koste Ressourcen.

Stadtrat Eisele sieht den Antrag der SPD Fraktion als logisch, allerdings sehe er den Sperrvermerk nicht für notwendig. Personal sei für die Stadtteilarbeit wichtig.

Stadträtin Liepins wolle nochmal klarstellen, dass heute über 2 weitere Stellen abgestimmt werden solle und der Sperrvermerk solange bleibe, bis ein Konzept vorliege.

Im Anschluss lässt OBM Spec über den Antrag der SPD abstimmen.

TOP 1.8

Erarbeitung konkreter, kurz- und mittelfristig umsetzbarer, Vorschläge zur Behebung der Klimaprobleme in den verschiedenen Stadtbereichen Ludwigsburgs
- Haushaltsantrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU)

Vorl.Nr. 481/16

vom 23.11.2016

Beratungsverlauf:

Der Antrag wird in den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt verwiesen.

TOP 1.9	Erhöhung der Einnahmen durch den Ausbau der Interkommunalen Zusammenarbeit - Haushaltsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.11.2016	Vorl.Nr. 459/16
---------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Über den aktuellen Stand wird am 12.12.2016 in der Haushaltsstrukturkommission berichtet.

TOP 1.10	Einstellung eines Controllers (m/w) ab 2017 - Haushaltsantrag der Freie Wähler-Fraktion vom 22.11.2016	Vorl.Nr. 471/16
----------	---	-----------------

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 28 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner
Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

Stadtrat Weiss sehe die Einstellung eines Controllers aufgrund der großen Investitionen in den kommenden Jahren als sinnvoll.

TOP 1.10	Einstellung eines Controllers (m/w) ab 2017 - Haushaltsantrag der Freie Wähler-Fraktion vom 22.11.2016	Vorl.Nr. 471/16
----------	---	-----------------

Diesen Antrag unterstützen könne auch Stadtrat Noz. Für eine Controllerstelle müsse im Haushalt ein Kostenblock eingesetzt werden. Die Anregungen und die Kontrolle durch einen Controller sehe er für die Verwaltung wichtig. Im Personalbudget müsse eigentlich eine Controllerstelle vorhanden sein, da diese Position bereits in der Vergangenheit geschaffen worden sei.

Herr Nitzsche teilt hierzu mit, dass die Controllerstelle befristet gewesen sei. Man habe deshalb nach Ausscheiden des Stelleninhabers keine feste Stelle im Stellenplan eingesetzt. Es müsse pro Jahr für die Personalkosten eine Summe von etwa 100.000.--Euro eingestellt werden. Für das Jahr 2017 werde von 50.000.—bis 60.000.--Euro ausgegangen.

Stadträtin Liepins äußert Bedenken, ob die Controllerstelle die gewünschten Erfolge und Ergebnisse bringe.

BM Ilk merkt an, dass der ausgeschiedene Stelleninhaber seine Wirkung gezeigt habe.

Stadträtin Dr. Knoß könne nicht zustimmen. Es gäbe ihrer Meinung nach dringlichere Personalstellen.

Stadtrat Weiss merkt an, dass der Deckungsvorschlag lediglich beispielhaft zu verstehen sei.

Stadtrat Dr.O´Sullivan teilt mit, dass der Deckungsvorschlag nicht beschlossen werden solle.

Nicht zustimmen werde Stadtrat Lettrari. Er sehe die Kontrolle als Misstrauen gegenüber der Verwaltung.

Stadträtin Deetz erläutert ihre Sicht der Controlleraufgaben. Er solle begleiten und auf gleicher Augenhöhe sein. Hiervon könne man nur profitieren.

OBM Spec merkt an, dass derzeit ein zusätzliches Bauinvestitionscontrolling nicht erfolge. Er lässt über die Vorlage, dass zusätzliche Mittel für einen Controller eingestellt werden, abstimmen.

TOP 1.11	Eigener Haushaltstitel für das Bildungszentrum West - Haushaltsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.11.2016	Vorl.Nr. 462/16
----------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Das Bildungszentrum West erhält eine eigene Position im Haushalt mit entsprechender Umschichtung der Haushaltsmittel.

TOP 1.12	Sanierung bzw. Neubau des Bildungszentrums West - Haushaltsantrag der SPD-Fraktion vom 21.11.2016	Vorl.Nr. 465/16
----------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Das Bildungszentrum West erhält eine eigene Position im Haushalt mit entsprechender Umschichtung der Haushaltsmittel.

TOP 1.13 Sanierung des Bildungszentrums West Vorl.Nr. 483/16
- Haushaltsantrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU)
vom 23.11.2016

Beratungsverlauf:

Das Bildungszentrum West erhält eine eigene Position im Haushalt mit entsprechender Umschichtung der Haushaltsmittel.

TOP 1.14 Antrag auf kostenfreie Nutzung der Stadtbibliothek Vorl.Nr. 477/16
- Haushaltsantrag der ÖkoLinX-Stadträte vom
21.11.2016

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 5 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner
 Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

Stadtrat Vierling teilt mit, dass dem Antrag nicht zugestimmt werden könne. Er habe bisher noch nicht erfahren, dass eine Abweisung von Interessenten erfolgte, nur weil die Gebühr nicht bezahlt werden konnte. Er sehe es für die Stadt Ludwigsburg als notwendig, die Bibliothek werktags und samstags zu öffnen. Es sei lediglich die Ausleihe kostenpflichtig, ein Arbeiten vor Ort sei kostenlos möglich.

Stadträtin Deetz spricht sich für die kostenlose Nutzung aus. Hier solle es keine finanzielle Hürde geben. In Bildung sei gut investiert. Sie merkt an, dass die Mehrheit ihrer Fraktion allerdings dem
TOP 1.14 Antrag auf kostenfreie Nutzung der Stadtbibliothek Vorl.Nr. 477/16
- Haushaltsantrag der ÖkoLinX-Stadträte vom
21.11.2016

Antrag nicht zustimmen könne.

Protokollauszug Gemeinderat 07.12.2016

Stadtrat Herrmann sehe kein Anlass auf die Änderung der Nutzungsgebühr, da sonst die Allgemeinheit die Kosten zu tragen habe. Die Bibliothek habe eine gute und hohe Nutzung. Kinder können bereits heute die Bibliothek gebührenfrei nutzen.

Die Gebühren seien nicht zu hoch angesetzt, er sehe hier keinen Bildungsnachteil und könne dem Antrag nicht zustimmen, so Stadtrat Eisele.

Stadträtin Moersch teilt mit, dass den drei Anträgen von ÖkoLinX nicht zugestimmt werden könne. Zur Finanzierbarkeit müssen Beitragszahlungen gefordert werden.

Stadträtin Burkhardt ist der Meinung, dass Bildung kostenfrei sein solle und deshalb für die Bibliothek keine Gebühren zu erheben seien.

Stadträtin Dziubas zeigt sich verwundert, dass die drei Anträge von ÖkoLinX mehrheitlich im Gremium keine Zustimmung fänden. Sie meint, dass soziale Angelegenheiten finanziell gefördert werden sollten.

OBM Spec lässt über den Antrag auf kostenfreie Nutzung der Bibliothek abstimmen.

TOP 1.15	Kostenloses Mittagessen an Kindertageseinrichtungen und Schulen -Haushaltsantrag der ÖkoLinX-Stadträte vom 15.11.2016	Vorl.Nr. 479/16
----------	--	-----------------

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 3 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner
Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

Wird zusammen mit TOP 1.16 beraten.

TOP 1.16	Kostenloses KITA-Jahr - Haushaltsantrag der ÖkoLinX-Stadträte vom 15.11.2016	Vorl.Nr. 478/16
----------	--	-----------------

Abstimmungsergebnis:

Protokollauszug Gemeinderat 07.12.2016

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 4 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Beratungsverlauf:

Herr Kiedaisch berichtet, dass die finanziellen Auswirkungen der Einnahmen bei Einführung des kostenlosen Essens um 1,2 Millionen Euro und bei Einführung des gebührenfreien letzten Kindergartenjahres um 1,9 Millionen Euro geringer sein werden.

Stadträtin Liepins teilt mit, dass finanzschwache Familien bereits finanziell unterstützt werden. Das letzte Kindergartenjahr solle kostenfrei sein. Sie sehe hier Land und Bund mit in der Verpflichtung.

Stadtrat Kube meint, dass Familien einer enorm hohen finanziellen Belastung ausgesetzt seien. Er sehe hier eine Grundsatzfrage. Der politische Wille sei hier das Problem.

Stadtrat Kasdorf könne dem Antrag nicht zustimmen.

Ebenso nicht zustimmen werde Stadtrat Haller.

Stadträtin Deetz sehe hier eine pädagogische Aufgabe, dass Essen kostenfrei angeboten werde.

Stadträtin Burkhardt bittet um getrennte Abstimmung.

Im Anschluss lässt OBM Spec über die Vorlage abstimmen.

TOP 1.17	Planungen für die zügige Ausweisung von Carsharing-Flächen - Haushaltsantrag der SPD-Fraktion vom 21.11.2016	Vorl.Nr. 464/16
----------	---	-----------------

Abweichender Beschluss:

Für die Planung von Carsharing Flächen wird eine Summe von 30.000,-- Euro angesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

TOP 1.17	Planungen für die zügige Ausweisung von Carsharing-Flächen - Haushaltsantrag der SPD-Fraktion vom 21.11.2016	Vorl.Nr. 464/16
----------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Der Antrag wurde im Verlauf der Beratung modifiziert. Die Summe von 30.000,-- Euro wird als ausreichend erachtet, so BM **Ilk**.

Im Anschluss lässt OBM Spec über den modifizierten Antrag abstimmen.

TOP 1.18	Planung einer Tiefgarage unter den Parkplätzen Bärenwiese - Haushaltsantrag der SPD-Fraktion vom 21.11.2016	Vorl.Nr. 470/16
----------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

BM Ilk teilt mit, dass der Antrag in den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt verwiesen werde.

Stadträtin Liepins fordert einen Zeitrahmen.

Stadtrat Heer sieht die Lösung der unterirdischen Tiefgarage als sinnvoll.

Stadtrat Noz halte die Parkierung unterirdisch als Ergänzung für Forum und Schloss als sinnvoll. Für die Innenstadt brauche man den Vorschlag von ZIEL.

Stadtrat Rothacker spricht sich ebenso für die unterirdische Möglichkeit aus. Zudem habe er im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt eine Lösung in Form eines Parkhauses angedacht.

Stadträtin Liepins bittet um Sachdiskussion im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt.

Stadtrat Gericke sieht hier keine Haushaltsrelevanz.

TOP 1.19	Errichtung eines Parkhauses/Tiefgarage an der Ecke Schorndorfer Straße/Fasanenstraße/Bärenwiese - Haushaltsantrag der FDP-Stadträte vom 23.11.2016	Vorl.Nr. 475/16
----------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Der Antrag wird in den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt verwiesen.

TOP 1.20	Fußwegeplanung als Teil einer zukunftsfähigen Verkehrsplanung - Haushaltsantrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU) vom 23.11.2016	Vorl.Nr. 484/16
----------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Der Antrag wird in den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt verwiesen.

Herr Kurt (FB Stadtplanung und Vermessung) teilt mit, dass die Belange der Fußgänger in den Planungen mitaufgenommen werden. Ob ein separates Fußwegekonzept gewollt werde, sei eine politische Entscheidung. Er spricht die Empfehlung aus, keine isolierten Fußwegekonzepte zu erstellen.

Stadträtin Burkhardt fordert, dass die Verwaltung unmittelbar nach dem Fußwegecheck Verbesserungen umsetzen solle. Sie habe vor in nächster Zeit eine Übersicht der erstellten Fußwege anzufordern.

OBM Spec erinnert an den Masterplan Mobilität. Im Bereich der Fußwege seien entsprechende Teilstücke realisiert worden. Der Fußwegecheck sei eine zusätzliche Möglichkeit zur Verstärkung der bisherigen Maßnahmen. Eine vertiefte Diskussion solle im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt erfolgen.

Stadträtin Steinwand-Hebenstreit fordert, dass die Belange der Fußgänger mehr herausgestellt werden sollen.

BM Ilk teilt mit, dass künftig die Maßnahmen im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt vorgestellt werden.

Stadtrat Link merkt an, dass bei den sanierten Straßen ebenso die Fußwege bedacht worden seien.

Stadtrat Braumann wünscht, dass die Maßnahmen im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt beraten werden sollen.

TOP 1.21	Streichung einer zusätzlich beantragten Hausmeisterstelle für die Karlskaserne - Haushaltsantrag der CDU-Fraktion vom 22.11.2016	Vorl.Nr. 457/16
----------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Herr Nitzsche teilt mit, dass der Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt (voraussichtlich 1. Quartal 2017) abgewartet werde. Anschließend werde über den Antrag im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung beraten.

Zudem teilt er mit, dass bereits heute im Bereich des Schließdienstes die Aufgaben nicht bewältigt werden könne. Mit den bisherigen zwei Vollzeitstellen in der Karlskaserne könne der Betrieb nicht gewährleistet werden.

Stadträtin Kreiser merkt an, dass im Bereich des Schließdienstes in der Karlskaserne keine hochqualifizierte Person notwendig sei. Die Möglichkeit einer Teilzeitstelle solle auch angedacht werden. Die Notwendigkeit sei bekannt.

Gegen einen Sperrvermerk spricht sich Stadtrat Dr.O`Sullivan aus. Das Personal sei für den Gebäudebestand notwendig. Die Aufgaben in der Verwaltung steigen ständig und es seien erhebliche Überstunden vorhanden. Die weiteren Stellen seien notwendig.

Stadträtin Steinwand-Hebenstreit empfindet die Diskussion als beschämend.

Stadtrat Weiss bittet um eine sachliche Diskussion ohne Emotionen. Man solle verschiedene Modelle auf die Effizienz untersuchen. Eine Fremdvergabe oder Poolfrage solle ebenso angedacht werden.

Stadträtin Kreiser unterstreicht, dass es keine Stellenkürzungen seien, sondern weitere Stellen.

OBM Spec schlägt vor über den Antrag im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung zu beraten. Das Gremium zeigt sich einverstanden.

TOP 1.22	Anbringung eines Sperrvermerks bei den im Stellenplan vorgesehenen 6 neuen Hausmeisterstellen für den Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft - Haushaltsantrag der CDU-Fraktion vom 22.11.2016	Vorl.Nr. 456/16
----------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Der Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt (voraussichtlich 1. Quartal 2017) wird abgewartet. Anschließend wird über den Antrag im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung beraten.

Zum Beratungsverlauf siehe TOP 1.21

TOP 1.23	Untersuchung des Poolkonzepts der Hausmeister basierend auf die Beschlüsse des Jahres 2011 mit dem Ziel, maximal 5 neue Hausmeister statt 7 einzustellen - Haushaltsantrag der Freie Wähler-Fraktion vom 22.11.2016	Vorl.Nr. 473/16
----------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Der Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt (voraussichtlich 1. Quartal 2017) wird abgewartet. Anschließend wird über den Antrag im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung beraten.

Zum Beratungsverlauf siehe TOP 1.21

TOP 1.24	Klimaverbesserung und Heizkostenreduzierung in den Räumen des Kulturzentrums Ludwigsburg - Haushaltsantrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU) vom 23.11.2016	Vorl.Nr. 485/16
----------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Herr Weißer (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) erläutert die mittelfristig vorgesehenen Sanierungsmaßnahmen. 2016 seien die Dächer gedämmt worden. Momentan seien die Sitzungssäle klimatisiert. Die Fassade solle etwa im Jahre 2020 saniert werden.

Stadträtin Burkhardt merkt an, dass eine energiesparende Lösung gefunden werden solle. Die Sanierung sei dringend notwendig. Sie überlege, einen konkreteren Antrag zu stellen.

TOP 1.25	Erweiterung des Antrags zum Straßenrückbau (Neckarstraße, Mühlhäuser Straße, Fellbacher Straße) mit der Harteneckerstraße und der Tammer Straße - Haushaltsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2016	Vorl.Nr. 458/16
----------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Der Antrag wird in den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt verwiesen.

TOP 1.26	Aufstockung des Ansatzes für den Radwegebau - Haushaltsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.11.2016	Vorl.Nr. 461/16
----------	--	-----------------

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner
Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

Über das Konzept für den Radwegebau soll im Ausschuss für Bauen, Umwelt, und Technik im Jahr 2017 beraten werden. Mehrheitlich ist das Gremium der Auffassung, dass ggf. eine weiter notwendig werdende Finanzierung über Ermächtigungsüberträge aus 2016 finanziert werden sollen.

Stadtrat Gericke erinnert, dass das Radwegekonzept verabschiedet worden sei und damit sei die Umsetzung verbunden. Für ihn stellt sich die Frage, ob mehrere Maßnahmen parallel geplant werden können, um weiter voranzukommen.

OBM Spec teilt mit, dass einzelne Projekte kommunalpolitisch teils umstritten seien. Der Etat für die Radwege seien in den vergangenen Jahren erhöht worden. Für die kommunalpolitischen Entscheidungsprozesse verstreiche viel Zeit.

Stadtrat Dr. O`Sullivan teilt mit, dass mehrere Projekte noch nicht verwirklicht worden seien. Ein größerer Teil der Verkehrsmenge solle auf das Fahrrad verlagert werden. Die Verwirklichung der Projekte und Abrechnung dieser seien wegen der Diskussionen fraglich. Er hoffe auf eine schnelle Verwirklichung. Sinnvoll sei eine geringere Summe einzustellen und diese mit konkreten Projekten zu koppeln.

Stadtrat T Lutz kann dem Antrag nicht zustimmen. Die bisherigen Projekte seien noch offen und müssen erst abgearbeitet werden.

Ebenso sieht dies Stadtrat Rothacker.

Stadträtin Dr. Knoß gehe es insbesondere um Detailmaßnahmen, welche abgelehnt worden seien.

OBM Spec merkt an, dass momentan keine ausreichenden Personalressourcen vorhanden seien und im verkehrsplannerischen Bereich auf dem Markt eine Führungskraft zu gewinnen nicht einfach gewesen sei.

Stadtrat Gericke bittet um Abstimmung über die mittelfristige Finanzplanung. Ab 2018 sollen 100.000.--Euro anstatt 50.000.-- Euro eingestellt werden.

OBM Spec lässt hierüber abstimmen.

TOP 1.27	Einrichtung beidseitiger Radfahr-/Schutzstreifen in der Wilhelmstraße - Haushaltsantrag der SPD-Fraktion vom 21.11.2016	Vorl.Nr. 468/16
----------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Der Antrag wird in den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt verwiesen.

BM Ilk schlägt vor, dass dies mit dem Thema ZIEL im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt beraten werde.

Stadtrat Dr. O`Sullivan ist der Meinung, dass die Fahrradschutzstreifen auf der Wilhelmstraße zu errichten seien. Hier wünsche er sich eine detaillierte Planung.

OBM Spec bittet um die inhaltliche Diskussion in den Ausschüssen. Die finanziellen Mittel seien vorhanden.

Stadtrat Noz fordert eine Untersuchung, ob hier eine Zone 30 möglich sei.

Der Zustand der Wilhelmstraße sei für Radfahrer und Fußgänger nicht tragbar, so Stadträtin Dr. Knoß.

Stadtrat Heer teilt mit, dass die Fahrradstreifen und Tempo 30 von seiner Fraktion ebenso gewünscht seien.

Stadtrat Gericke wolle wissen, ob für die weiteren Planungen ebenso Mittel zur Verfügung stünden.

Herr Kiedaisch bejaht dies.

Stadtrat Dr. O`Sullivan gibt zu bedenken, dass bei Einführung einer Zone 30 kein Radweg möglich sei.

TOP 1.28	Planung einer Fußgänger-/Radwegbrücke über den Neckar in Höhe des Freibads - Haushaltsantrag der SPD-Fraktion vom 21.11.2016	Vorl.Nr. 466/16
----------	---	-----------------

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner
Stadtrat Seybold

TOP 1.28	Planung einer Fußgänger-/Radwegbrücke über den Neckar in Höhe des Freibads - Haushaltsantrag der SPD-Fraktion vom 21.11.2016	Vorl.Nr. 466/16
----------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Stadträtin Liepins teilt mit, dass ihre Fraktion keine andere Lösung als der Parkplatz L1100 und
Protokollauszug Gemeinderat 07.12.2016

der Brückenbau sehe.

OBM Spec merkt an, eine planerische Studie habe ergeben, dass keine andere Lösung möglich sei.

Stadtrat Braumann könne dem Antrag zustimmen. Die Erreichbarkeit des Freibades müsse geklärt werden.

Stadtrat Haller unterstütze ebenso diesen Antrag.

Stadtrat Rothacker gibt zu bedenken, dass nicht genügend finanzielle Mittel vorhanden seien.

OBM Spec teilt mit, dass erfahrungsgemäß bei solchen Projekten Zuschüsse beantragt werden können.

TOP 1.29	Sanierung eines Teilabschnitts des Fuß- und Radwegs Aldinger Straße (K1692) - Haushaltsantrag der SPD-Fraktion vom 21.11.2016	Vorl.Nr. 467/16
----------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Der Radweg liegt in der Zuständigkeit des Landkreises. Der Antrag wird daher von der SPD-Fraktion zurückgezogen.

TOP 1.30	Maßvolle Erhöhung der Parkgebühren an Samstagen und verkaufsoffenen Sonntagen - Haushaltsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.11.2016	Vorl.Nr. 463/16
----------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Auf die Vorlage Nummer 313/16 wird verwiesen. Eine Beratung zu diesem Thema findet in der kommenden Woche statt.

TOP 1.31	Einstellung einer Haushaltsstelle "Verkehrsplanung in der August-Bebel-Straße zwischen Eglosheim und Weststadt" in die Haushalts- und Finanzplanung der Stadt (Antrag im Sachzusammenhang mit der Vorl.Nr. 217/16) - Haushaltsantrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU)	Vorl.Nr. 486/16
----------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Herr Kiedaisch, Fachbereich Finanzen, erläutert, dass die beantragte Einrichtung der Haushaltsstelle nicht zulässig ist. Eine Abstimmung findet daher nicht statt. Der Antrag hat sich durch die Erklärung der Verwaltung erledigt.

TOP 1.32	Kleingartenanlage Frommannkaserne - Umzugsbeihilfe - Haushaltsantrag der FDP-Stadträte vom 23.11.2016	Vorl.Nr. 476/16
----------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Der Antrag wird in den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt verwiesen.

TOP 1.33	Bewerbung für eine Landesgartenschau - Haushaltsantrag der FDP-Stadträte vom 23.11.2016	Vorl.Nr. 474/16
----------	---	-----------------

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 27 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner
Stadtrat Seybold
Stadtrat Köhle

Beratungsverlauf:

Über eine Bewerbung zu Landesgartenschau soll im Ausschuss für Bauen, Umwelt und Technik im 1. Quartal 2017 beraten werden. Haushaltsmittel werden daher zunächst nicht eingestellt.

BM Ilk teilt mit, dass eine ernsthafte Bewerbung gut vorbereitet sein müsse. Ein Planungszeitraum

TOP 1.33	Bewerbung für eine Landesgartenschau - Haushaltsantrag der FDP-Stadträte vom 23.11.2016	Vorl.Nr. 474/16
----------	---	-----------------

von 10 Jahren sei notwendig.

OBM Spec schlägt vor, dieses Thema im Ausschuss zu beraten. Sollte sich Ludwigsburg bewerben, dann müsse dies im Detail geplant sein.

Stadtrat Weiss wolle geprüft haben, ob eine Bundesgartenschau möglich sei.

Stadtrat Herrmann sieht eine Bundesgartenschau für Ludwigsburg zu groß dimensioniert. Er plädiert für die Bewerbung zur Landesgartenschau. Die Diskussion solle im ersten Quartal 2017 erfolgen, da die Bewerbungsfrist dränge.

Stadträtin Steinwand-Hebenstreit sieht dies kritisch, vorrangig solle das Verkehrsproblem gelöst werden. Grundsätzlich sei sie nicht gegen die Landesgartenschau.

Die bisherigen Maßnahmen seien vorrangig zu behandeln, so Stadtrat Lettrari.

Stadträtin Liepins wolle die Beratung in den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt vertagen. Sie sehe die Problematik in der Aufgabenbewältigung.

OBM Spec teilt mit, dass 250.000.--Euro für eine qualifizierte Planung notwendig seien. Von BM Ilk wird dieser Betrag bestätigt.

Stadtrat Herrmann bittet die FDP Fraktion als Antragsteller darum den Antrag in den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt zu verweisen.

Stadtrat Heer sieht den Antrag als eindeutig. Gerne könne dies in den Ausschuss verwiesen werden.

OBM Spec lässt über den Antrag abstimmen, ohne Festlegung eines Betrages.

TOP 1.34	Anbringung eines Sperrvermerks bei den Ersatzbeschaffungen der Technischen Dienste Ludwigsburg - Haushaltsantrag der CDU-Fraktion vom 22.11.2016	Vorl.Nr. 455/16
----------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Der Antrag wird nach Erläuterungen der Verwaltung zurückgezogen. Stadtrat Herrmann und Stadtrat Rothacker sprechen sich dafür aus, dass bei der geplanten künftigen Änderung der Hauptsatzung die Wertgrenzen nicht angehoben werden sollen.

TOP 1.35	Entzerrung der noch nicht beschlossenen bzw. noch nicht finanzierten Investitionen im Rahmen der Investitionsplanung 2017-2020 und Planung mit mindestens 6-7 Jahre statt mit 4 Jahre - Haushaltsantrag der Freie Wähler-Fraktion vom 22.11.2016	Vorl.Nr. 472/16
----------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Eine Abstimmung findet nicht statt. Herr Kiedaisch, Fachbereich Finanzen stellt dar, dass die Höhe der Investitionstätigkeiten der Stadt Ludwigsburg im regionalen Vergleich nicht unüblich sei. Das Gremium zeigt sich einverstanden, dass der Antrag mit der Erklärung erledigt ist.

TOP 2

Jahresabschluss 2015 des Eigenbetriebs
Stadtentwässerung Ludwigsburg

Vorl.Nr. 417/16

Beschluss:

1. Feststellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Ludwigsburg zum 31.12.2015 wird mit folgenden Werten festgestellt:

		2015 in EUR	2014 in EUR
1.1	Bilanzsumme	65.325.508,87	66.739.424,30
1.1.1	davon entfallen auf der Aktivseite auf		
	- das Anlagevermögen	60.616.317,81	61.139.920,56
	- das Umlaufvermögen	4.706.952,22	5.598.310,86
1.1.2	davon entfallen auf der Passivseite auf		
	- das Eigenkapital	566.974,85	566.974,85
	- die Investitionszuschüsse	9.787.491,28	10.365.959,81
	- die Abwasserbeiträge	4.493.906,01	4.774.212,56
	- die Rückstellungen	3.307.537,67	3.999.649,28
	- die Verbindlichkeiten	47.169.599,06	47.032.627,80
1.2	Jahresgewinn/Jahresfehlbetrag	0	824.491,25
1.2.1	Summe der Erträge	10.537.641,12	12.266.266,03
1.2.2	Summe der Aufwendungen	10.537.641,12	11.441.774,78

2. Entlastung

Der Betriebsleitung wird für das Jahr 2015 Entlastung erteilt.

TOP 2

Jahresabschluss 2015 des Eigenbetriebs
Stadtentwässerung Ludwigsburg

Vorl.Nr. 417/16

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.
OBM **Spec** lässt über die Vorlage abstimmen.

TOP 3

Wirtschaftsplan 2017 des Eigenbetriebs
Stadtentwässerung Ludwigsburg

Vorl.Nr. 418/16

Beschluss:

1. Dem beiliegenden Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Ludwigsburg für das Wirtschaftsjahr 2017 wird zugestimmt.
Die Abwassergebühren betragen weiterhin 0,20 EUR pro Quadratmeter für Niederschlagswasser und 1,14 EUR pro Kubikmeter für Schmutzwasser.
2. Die Kostenüberdeckung bei der Schmutzwasserbeseitigung aus dem Jahr 2013 wird mit 624.356,33 EUR im Jahr 2017 vollständig ausgeglichen. Bei der Niederschlagswasserbeseitigung erfolgt 2017 jeweils anteilig der Ausgleich der Kostenüberdeckungen der Jahre 2012 mit 40.004,88 EUR und 2013 mit 134.528,17 EUR.
Bei der dezentralen Abwasserbeseitigung erfolgt im Jahr 2017 der vollständige Ausgleich der Jahresergebnisse von 2012 in Höhe von 311,65 EUR und von 2013 in Höhe von 298,97 EUR.

Die restliche Kostenüberdeckung aus dem Jahr 2013 in Höhe von 453.106,31 EUR wird in das Wirtschaftsjahr 2018 eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet. OBM **Spec** lässt über die Vorlage abstimmen.

TOP 4

Fortschreibung Kindertagesstättenvertrag für freie
und privatgewerbliche Träger

Vorl.Nr. 427/16

Beschluss:

Bei der pauschalisierten Betriebskostenförderung von freien und privatgewerblichen Trägern auf Basis des Interkommunalen Kostenausgleichs werden die um 11,2 % gestiegenen Personalkosten berücksichtigt. Eine Dynamisierung der Förderung erfolgt analog den Tarifabschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.
OBM **Spec** lässt über die Vorlage abstimmen.

TOP 5

Verkaufsoffene Sonntage 2017 - Breuningerland

Vorl.Nr. 432/16

Beschluss:

Die Satzung über das Offenhalten von Verkaufsstellen

am Sonntag, 02.04.2017 anlässlich der Saisonöffnung „Oldtimer-Sternfahrt“
(Tammerfeld und Monrepos)

und

am Sonntag, 15.10.2017 anlässlich des Saisonabschlusses der „Oldtimer-Sternfahrt“
(Tammerfeld und Monrepos)

wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 17 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Beratungsverlauf:

Nachdem auf Sachvortrag verzichtet wird, eröffnet OBM **Spec** die Aussprache.

TOP 5

Verkaufsoffene Sonntage 2017 - Breuningerland

Vorl.Nr. 432/16

Stadträtin **Burkhardt** kann dieser Vorlage nicht zustimmen. Sie sei der Meinung, dass verkaufsoffene Sonntage Familien und Arbeitnehmerfeindlich seien. Zudem fördere man ein erhöhtes Verkehrsaufkommen.

Ebenso keine Zustimmung erfolgt von Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit**. Unterstützen könne sie lediglich die Innenstadtgeschäfte. Ebenso sehe sie die Problematik des erhöhten Verkehrsaufkommens.

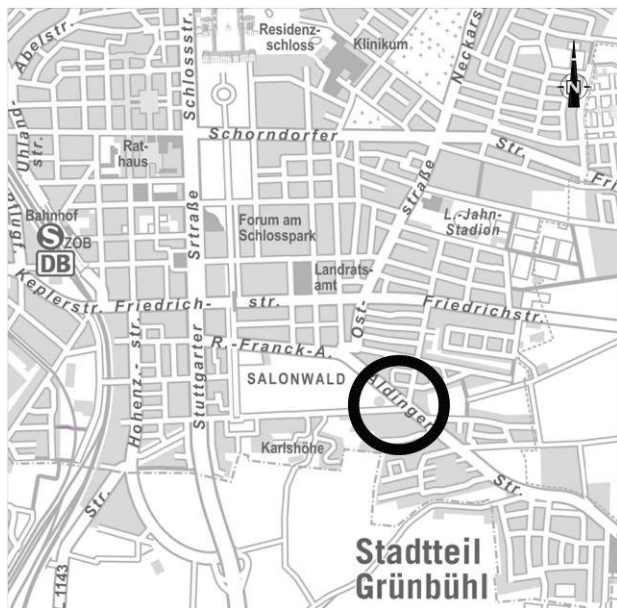
Stadträtin **Kreiser** stimme der Vorlage zu, da hiermit ein Beitrag zur Wirtschaftsförderung geleistet werde.

Im Anschluss stellt OBM **Spec** die Vorlage zur Abstimmung.

TOP 6	Bebauungsplan "Aldinger-Danziger-Kreuzung" Nr. 047/04 Entwurfsbeschluss und förmliche Beteiligung der Öffentlichkeit und Träger öffentlicher Belange	Vorl.Nr. 419/16
-------	---	-----------------

Beschluss:

1. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Bebauungsplanentwurf „Aldinger-Danziger-Kreuzung“ Nr.047/04 vom 10.11.2016 wird zusammen mit den textlichen Festsetzungen, den örtlichen Bauvorschriften und der Begründung jeweils mit Datum vom 10.11.2016 beschlossen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplanentwurf und die örtlichen Bauvorschriften gem. § 3 (2) BauGB öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB einzuholen.



Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 31 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

TOP 6	Bebauungsplan "Aldinger-Danziger-Kreuzung" Nr. 047/04 Entwurfsbeschluss und förmliche Beteiligung der Öffentlichkeit und Träger öffentlicher Belange	Vorl.Nr. 419/16
-------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat Prof. **Vierling** teilt mit, dass es bisher noch keine Förderzusage des Landes gebe. Er

verstehe nicht, weshalb diese Zusage nicht abgewartet werden könne. Zudem wolle er die Anzahl der zu fällenden Bäume wissen. Er könne dieser Vorlage nicht zustimmen.

Ebenso nicht zustimmen werde Stadträtin **Burkhardt**. Die Vorlagen seien einseitig für den Kreisverkehr erstellt und die weitere Alternative der Ampelschaltung nicht berücksichtigt worden, obwohl ersteres wesentlich teurer sei. Außerdem sei die Unfallhäufigkeit an dieser Stelle nicht besonders groß, dies sei ihr vom Verkehrsamt mitgeteilt worden. Zudem stelle sie fest, dass vermehrt Bäume gefällt werden.

Stadtrat **Rothacker** kann die erneute Diskussion nicht verstehen. Man habe bereits mehrfach im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt dieses Thema diskutiert. Wenn die Diskussion im Gemeinderat erneut aufkomme, obwohl ein Beschluss im Ausschuss erfolgt sei, müsse er die Arbeit des Ausschusses in Frage stellen.

Stadtrat T. **Lutz** bittet auch darum Themen, die im Ausschuss beschlossen worden seien, nicht erneut zu diskutieren.

Die Situation als verfahren sieht Stadträtin **Liepins**. Die große Mehrheit befürworte den Kreisverkehr. Sie wolle ebenso auf den Beschluss im Ausschuss verweisen. Sie sehe diese Kreuzung als Unfallschwerpunkt.

BM **Ilk** teilt mit, dass bezüglich der Förderzusage ein Termin anstehe. Diese Kreuzung sei ein Unfallschwerpunkt. Die Anzahl der zu fällenden Bäume seien rund 20. Es sei eine intensive Beratung im Ausschuss erfolgt.

Im Anschluss lässt OBM **Spec** über die Vorlage abstimmen.

TOP 7

Ausbau und Neuordnung Aldinger-Danziger-Kreuzung
Entwurfs- und Baubeschluss mit Ermächtigung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt

Vorl.Nr. 420/16

Beschluss:

1. Entwurfs- und Baubeschluss

Die Straßenplanung des Ingenieurbüros Rauschmaier Ingenieure vom 10.11.2016 ist Grundlage für die Ausschreibung der Bauleistungen.

2. Weitergehender Untersuchungsauftrag

Die Verwaltung wird im Sachzusammenhang mit dem Kreisverkehr „Aldinger-Danziger-Straße“ beauftragt, Planungsvorschläge für die Verkehrserschließung der Karlshöhe einschließlich der Grünen Bettlade und den Ausbau der Radroute 8 Aldinger Straße / Robert-Franck-Allee auszuarbeiten.

3. Ermächtigung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt

Der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt wird ermächtigt, die Vergabe der Arbeiten vorzunehmen. Bei Kostenüberschreitungen wird das Gremium dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 10% oder um 50.000 € überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 27 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.
OBM **Spec** lässt über die Vorlage abstimmen.

TOP 8

Bebauungsplan "Sonnenberg Süd-West" Nr.
056/06
- Satzungsbeschluss

Vorl.Nr. 171/16

Beschluss:

- I. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.
- II. Der Bebauungsplan „Sonnenberg Süd-West“ Nr. 056/06 vom 11.11.2016 wird zusammen mit den textlichen Festsetzungen, den örtlichen Bauvorschriften und der Begründung jeweils mit Datum vom 11.11.2016 gemäß § 10 BauGB und § 74 LBO als Satzung beschlossen.



Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt. Nachdem auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet wird, lässt er über die Vorlage abstimmen.

TOP 9	Genehmigung eines überplanmäßigen Aufwandes im Teilhaushalt des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung für das Haushaltsjahr 2016	Vorl.Nr. 377/16
-------	---	-----------------

Beschluss:

Der überplanmäßige Aufwand wird im Ergebnishaushalt des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung im Haushaltsjahr 2016 in Höhe von 300.000 € genehmigt. Die Deckung erfolgt aus der allgemeinen Deckungsreserve – Kostenstelle 90805010/ Sachkonto 44980000. Die finanziellen Mittel werden auf die Kostenstelle 61105100/Kostenart 42710030 (Honorare und Vergütungen) umgebucht.

TOP 9	Genehmigung eines überplanmäßigen Aufwandes im Teilhaushalt des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung für das Haushaltsjahr 2016	Vorl.Nr. 377/16
-------	---	-----------------

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Beratungsverlauf:

Nachdem auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet wird, lässt OBM **Spec** über die Vorlage abstimmen.

TOP 10

Genehmigung eines überplanmäßigen Aufwands im Teilhaushalt des Fachbereichs Hochbau und Gebäudewirtschaft im Rechnungsjahr 2016

Vorl.Nr. 430/16

Beschluss:

Der voraussichtliche überplanmäßige Aufwand im Ergebnishaushalt des Fachbereichs Hochbau und Gebäudewirtschaft im Rechnungsjahr 2016 in Höhe von bis zu 600.000 € (Stand Ende November 2016) wird genehmigt.

Die eingesparten Mittel aus dem Personaletat des Teilhaushalts Hochbau und Gebäudewirtschaft werden umgebucht.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt. Nachdem das Gremium kein Sachvortrag und keine Aussprache wünscht, lässt er über die Vorlage abstimmen.

TOP 11

Straßenumbenennung Karl-Peters-Straße

Vorl.Nr. 353/16

Beschluss:

Die **Karl-Peters-Straße** wird umbenannt in Holzwiesen

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag erwünscht ist, eröffnet OBM **Spec** die Aussprache.

Stadtrat **Link** merkt an, dass im Zuge der Straßenumbenennung für die Anwohner ein erheblicher Aufwand zukomme. Er bittet die Verwaltung um Hilfestellung bei Behördengängen, da die Änderung des Straßennamens in sämtlichen Ausweispapieren zu ändern sei. Zudem wolle er wissen, welche Kosten die Verwaltung zu tragen habe. Eine Übergangszeit der doppelten Namennennung am Straßenschild sehe er als sinnvoll.

BM **Ilk** erklärt, dass für die Bewohner keine Gebühren erhoben werden. Übergangsweise werde der bisherige, sowie der neue Straßennamen am Straßenschild angebracht.

Auf die Beratungen zu diesem Thema im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt weist Stadträtin **Burkhardt** hin. Eine Kostenaufstellung sehe sie als sinnvoll an, da sie davon ausgehe, dass noch weitere Straßenumbenennungen folgen werden.

TOP 12	Goethe-Gymnasium Außenanlagen, 1. Bauabschnitt - Vergabebeschluss	Vorl.Nr. 380/16
--------	---	-----------------

Vergabebeschluss:

Die Firma Bietigheimer Gartengestaltung GmbH, Bauhofring 19, 71732 Tamm erhält auf der Grundlage des Angebots vom 11.10.2016 den Auftrag zur Durchführung der landschaftsgärtnerischen Arbeiten zur Herstellung des 1. Bauabschnittes der Außenanlagen zum Goethe Gymnasium.

Die Vergabesumme einschließlich 19 % Mehrwertsteuer beträgt:

Angebotssumme (brutto)	944.321,27 €
+ Unvorhergesehenes (ca. 10,0 %)	95.678,73 €

Vergabesumme brutto **1.040.000,00 €**

TOP 12	Goethe-Gymnasium Außenanlagen, 1. Bauabschnitt - Vergabebeschluss	Vorl.Nr. 380/16
--------	---	-----------------

Das Gremium wird dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 10% überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Beratungsverlauf:

Nachdem auf Sachvortrag verzichtet wird, eröffnet OBM **Spec** die Aussprache.

Stadträtin **Burkhardt** merkt an, dass sie der Vorlage nicht zustimmen könne. Die Begründung habe sie bereits im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt eingebracht.

Im Anschluss lässt OBM **Spec** über die Vorlage abstimmen.